

Resolution vom 12.02.2025



WIR GEBEN DER AFD KEINE AUSKUNFT

Was ist passiert?

Am 21.01.2025 hat die AFD eine Kleine Anfrage¹ zu den **Veranstaltungen der Studierendenvertretungen an hessischen Hochschulen** im Hessischen Landtag an das HMWK gestellt.

„Durch die Solidarisierung mit linken bis linksextremen Gruppierungen kommen sie so nicht dem im Hessischen Hochschulgesetz normierten Auftrag nach, wonach den AStAs die „Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden“ (§ 84 Abs. 2) obliegt.“

Die Anfrage erreichte uns zunächst über den AStA der Uni Fulda und daraufhin auch von anderen hessischen Hochschulen, wir wandten uns sofort an unseren Anwalt für Hochschulrecht. Überraschenderweise wurden wir vom Uni-Präsidium nur aufgefordert, innerhalb von sechs Tagen all unsere Veranstaltungen, Kosten und Veranstalter*innen in eine Tabelle einzutragen, schließlich habe man gegenüber der Universität eine Auskunftspflicht und diese müsse dem HMWK dringend die Informationen weiterleiten. Woher die Anfrage kam, wurde mit keinem Wort erwähnt.

Die Anfrage der AFD ist ein Versuch, die demokratische Selbstverwaltung der Asten zu delegitimieren und Informationen über linke Gruppierungen zu sammeln.

Wir sind gemäß dem HHG dazu verpflichtet, die politische Bildung unter Studierenden zu fördern. Dies beinhaltet kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Missständen und politischen Entwicklungen. Veranstaltungen, die sich mit Themen wie soziale Gerechtigkeit, Antisemitismus und Antifaschismus befassen, sind ein elementarer Bestandteil dieses Bildungsauftrags. Die AFD versucht mit ihrer Anfrage gezielt politische Arbeit, die nicht in ihr reaktionäres Weltbild passt, zu diskreditieren und Informationen über linke Verbände zu beschaffen. Diese Anfrage soll uns unter Druck setzen und ist kein Zufall: AFD und andere Rechte richten ihren Fokus immer mehr auf die Hochschulen.

Wir kritisieren die Gruppe „Students for Palestine HS Fulda“ und teilen die Kritik des VJSH. Doch ausgerechnet die AFD, deren Mitglieder Antisemitismus in Deutschland schüren und die Gräueltaten des Holocausts verleugnen, instrumentalisiert den Kampf gegen Antisemitismus, um ihre faschistoide Ideologie zu transportieren und progressive studentische Strukturen zu delegitimieren. Wir kämpfen entschlossen gegen Antisemitismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit, uns somit auch gegen die AFD.

¹ <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/9/01549.pdf>

Die AFD fordert eine detaillierte Auflistung von Veranstaltungen und finanziellen Zuwendungen der Asten und StuPas. Das wahre Ziel ist: Einschüchterung und die Überwachung studentischer Gremien. Bereits jetzt unterliegen die Studierendenschaften umfangreichen Rechenschafts- und Prüfpflichten. Alle finanziellen Entscheidungen werden durch demokratisch gewählte Gremien beschlossen und sind öffentlich einsehbar. Deshalb sind wir enttäuscht über die Anfrage des Präsidiums. Es gibt keine sachliche Grundlage für zusätzliche Kontrollmechanismen und, die offensichtlich der politischen Einflussnahme von Rechtsaußen dienen sollen.

Auch rechtlich gibt es keine Grundlage. Veranstaltungen der Studierendenschaft werden hochschulöffentlich bekannt gemacht, **wir haben also nichts zu verbergen**. Für eine darüber hinaus gehende Auskunftspflicht erkennen wir keine Rechtsgrundlage. Eine allgemeine Auskunftspflicht enthält das HessHG anders als etwa das HHG 1970 oder das HHG 1978 nicht mehr.

Der AStA der Uni Frankfurt sieht sich als demokratische Studierendenvertretung in der Verantwortung, für eine offene, vielfältige und diskriminierungsfreie Hochschule einzustehen. Angesichts der rechtsextremen Bestrebungen und antidemokratischen Positionen in der AFD sehen wir keinerlei Basis für einen Dialog. **Weder AStA noch StuPa werden Korrespondenz mit dieser Partei führen.**

Wir stehen außerdem Seite an Seite mit anderen hessischen Studierendenvertretungen, die von ihren Präsidien unter Druck gesetzt werden, diese Anfrage zu beantworten.

Kein Fußbreit!